

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2/XX/160

Bonn, den 23. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen  
-----

1 Wird die CDU zur Mauer-Partei? 49

Erhard und die Friedensregelung für Deutschland  
Von Günter Markscheffel

2 - 3 Zorn und Lob des Professors Adolf Butenandt 100

Der Nobelpreisträger und Präsident der Max-Planck-Gesellschaft  
hat das Versagen der Bundesregierung schon 1965 vorausgesehen  
Von Herbert Bernreiter

4 Der Spruch von Frankfurt 51

Eine Meinung für uns alle

5 - 6 Bejaht und unstritten 94

Sachliche und unsachliche Einwände gegen den amerikanischen  
Entwurf eines Nonproliferationsabkommens  
Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + -

## Wird die CDU zur Mauer-Partei ?

### Erhard und die Friedensregelung für Deutschland

G.M. - In den Regierungsparteien geht der Streit um Adenauers Ausfälle gegen die amerikanischen Abrüstungsvorschläge in Genf weiter. Natürlich merken die Wahlkampfstrategen Erhards auch, was ihnen der Altkanzler da eingebrockt hat: Eine jetzt überall sichtbare Zerrissenheit des Regierungslagers und eine innere Unsicherheit gegenüber den großen Problemen der deutschen Politik, die bedenkliche Schlüsse auf die Aktionsfähigkeit der noch amtierenden Bundesregierung zuläßt.

Die der CDU keineswegs fernstehende KÖLNISCHE RUNDschau meint denn auch beschwörend, die Auseinandersetzung über Abrüstungsfragen und die Haltung der Amerikaner hierzu sei kein Wahlkampfthema. Dem CDU-Präsidenten ist es nunmehr aufgetragen, wenigstens nach außen hin den Riß in der Partei Adenauers und Erhards durch großartige Einigkeitserklärungen zu übertünchen.

Dafür reißt sich die gar nicht mehr so arg dampfende Wahllokomotive Erhard jetzt an der Forderung Willy Brandts, die neue Bundesregierung müsse endlich in Zusammenarbeit mit den Freunden der Bundesrepublik einen Friedensvertrag für Deutschland vorbereiten. Herr Erhard und seine Freunde meinen hier und dort, auch das sei kein Wahlkampfthema. Sie geben zu verstehen, man sollte doch die ganze Problematik eines Friedensvertrages für Deutschland unberührt lassen. Weniger gut unterrichtete CDU-Redner wollen die Forderung Willy Brandts mit der Bemerkung abtun, es gehe hier lediglich um eine "Wahlmache der SPD".

Ganz offensichtlich scheint bei der CDU und auch bei der CSU niemand mehr daran zu denken, daß die Bundesregierung in ihrem an die Regierung der Sowjetunion gerichteten Memorandum vom Februar 1962 selbst die Friedenslösung für Deutschland als eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Politik bezeichnet hat. Jetzt m a u e r t die CDU jede Bemühung und jeden Appell der deutschen Politik an die Alliierten der Bundesrepublik und an Moskau, zwanzig Jahre nach Kriegsschluß endlich die Vorbereitungen zu einem Friedensvertrag für Deutschland in Angriff zu nehmen.

Wenn man Herrn Erhard so vor sich hin reden hört, könnte man meinen, er und seine Freunde wollten für alle Zeiten den Status quo der Teilung Deutschlands und Europas als die Grundlage der deutschen Politik anerkennen.

- \* Die CDU/CSU scheinen von allen guten Geistern verlassen zu sein.
- \* Anstatt die Welt immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß die
- \* Teilung Deutschlands und Europas eine der entscheidenden Ursachen
- \* für die Unsicherheit in der Welt ist und anstatt zwanzig Jahre nach
- \* dem Kriege die Beseitigung dieses Krisenherdes auf dem Wege über
- \* eine Friedensregelung für Deutschland anzustreben, wird - wir sagen
- \* es noch einmal! - g e m a u e r t .

Man muß die CDU und ihre Führung fragen, ob sie auf dem toten Punkt bleiben will und ob ihr nichts anderes einfällt, als hilflos zu jammern, wenn der Vorsitzende der stärksten demokratischen Partei Deutschlands für die neue deutsche Regierung als dringendste Aufgabe die Vorbereitung eines Friedensvertrages fordert.

Will die CDU/CSU durch ihr Verhalten wirklich zu einer Mauer-Partei werden?

## Zorn und Lob des Professors Adolf Butenandt

Der Nobelpreisträger und Präsident der Max-Planck-Gesellschaft hat das Versagen der Bundesregierung schon 1963 vorausgesehen

Von Herbert Berkeiting

Professor Dr. Adolf Butenandt, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, hat mit der ganzen Autorität seiner Persönlichkeit und mit dem Gewicht der von ihm repräsentierten gegen die unverantwortlichen Kürzungen des Wissenschaftsetats protestiert und auf die verheerenden Folgen der nicht erst in diesem Jahre praktizierten seltsamen Haushaltspolitik der Bundesregierung verwiesen.

Adolf Butenandt hat sich nicht zum ersten Male an Regierung, Parlament und Öffentlichkeit gewandt. Als im Sommer 1963 die gleiche Koalition und die beinahe gleiche Regierung - Ludwig Erhard war bereits designierter Regierungschef - ausgerechnet Wissenschaft und Forschung mit schematischen Kürzungen bedrohte, trat der Nobelpreisträger in Bonn vor die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft, vor der er einen eindrucksvollen Bericht über den Stand von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik gab. Butenandt sagte am 19. Juni 1963:

- \* "Bei der viel schwierigeren Gestaltung des Bundeshaushalts müssen wir
- \* immer wieder mit größeren globalen Kürzungen der Ansätze rechnen. Wir
- \* verstehen, aus welchen Notwendigkeiten das geschieht, aber es entbin-
- \* det uns nicht der Pflicht, auf die schweren Folgen hinzuweisen. Es
- \* ist kein gutes Argument, wenn... gesagt wird, die Kürzungen betreffen
- \* ja nur den Ansatz, und die gekürzten Ansätze seien doch immer noch
- \* höher als die im Vorjahr verausgabten Mittel... Damit kommen wir in
- \* die bedrückende Situation, daß wir hier und dort unmittelbar vor den
- \* Erfolg haltmachen müssen. Inzwischen läuft die atemberaubende Ent-
- \* wicklung in anderen Ländern davon, und wir haben die Chance des Auf-
- \* holens verpaßt. Diese Worte sollten so ernst genommen werden, wie sie
- \* gemeint sind! Sie sind nicht die Warnung eines Interessenten, sondern
- \* aus ihnen spricht die Sorge für die Zukunft der Nation. Gewiß - und
- \* das ist das Gefährliche - diese Folgen zeigen sich nicht im Jahre
- \* 1963, manche vielleicht nicht einmal zu unseren Lebzeiten, aber unsere
- \* Kinder und Enkel werden die Fehler spüren und uns eines schweren Ver-
- \* säumnisses zeihen."

Schon damals berief der Nobelpreisträger sich in seinem eindrucksvollen Plädoyer auf die Mahnung des Bundespräsidenten, der wörtlich erklärt hatte:

- \* "Jedes Versäumnis, das uns heute in bezug auf die Förderung von Wis-
- \* senschaft und Forschung unterläuft, gefährdet die politische, wirt-
- \* schaftliche und soziale Existenz unserer Nachkommen!"

### Rufe verhallen ungehört

Daß nach Professor Speer, dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, auch Adolf Butenandt jetzt wiederum vor das Forum der deutschen Öffentlichkeit treten mußte, zeigt, daß die eindrucksvollen Appelle des Bundespräsidenten wie auch des Nobelpreisträgers von 1963 ungehört verhallt sind. Das Katz- und Maus-Spiel hat sich in sehr ähnlicher Weise wiederholt, weil es einfach keinen Kanzler gibt, der auf einem so entscheidenden Gebiet die Richtlinien der Politik bestimmt, weil es keinen Wissenschaftsminister gibt, der aus dem Verhalten von Kanzler und Regierungsmehrheit die einzig mögliche Konsequenz zieht: unter Protest seinen Ministersessel an die zerrüttete Koalition zurückzuschieben. Dafür gibt diese Regierung - auch der Wissenschaftsminister - Millionen und Abermillionen für Propaganda-Inserate aus, für kostspielige Wahlkämpfe,

die dem Personenkult eines einzelnen Mannes gelten, dafür hat man nicht eine einzige Million bei der von CDU/CSU und FDP beschlossenen Parteienfinanzierung gekürzt, die zur Bestreitung des Wahlkampfes 1965 kurzfristig von fünf auf 20 und schließlich auf 38 Millionen hochkatapultiert wurde.

Der Notetat von Professor Carlo Schmid

Die Wissenschaft weiß, daß sie auf die deutschen Sozialdemokraten zählen kann. Sie weiß das nicht erst seit heute. Und gerade der Mann, der innerhalb der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft die Anliegen von Bildung, Wissenschaft und Forschung vertritt, Professor Dr. Carlo Schmid, hat unter Beweis gestellt, daß er schon in der Stunde Null erkannte, wie sehr der deutsche wirtschaftliche und soziale Aufstieg Nachkriegs-Deutschlands von Wissenschaft und Forschung abhängig ist.

Es war auch Nobelpreisträger Adolf Butenandt, der an jenen 19. Juni 1963 vor Parlamentariern aller Fraktionen vor der Parlamentarischen Gesellschaft sagte:

- \* "In Südwürttemberg-Hohenzollern, wohin die größten Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verlagert waren, bewirkte Staatsrat Professor Carlo Schmid, daß das Land diesen Instituten einen Notetat gab. Um auch den Schein eines staatlichen Dirigismus zu vermeiden, wurde dieser Notetat offiziell als "Zuschuß zum Etat" bezeichnet, obgleich die Institute keine Mittel von anderer Seite bekamen. So wurde die Vertrauensbasis zwischen den Ländern und den künftigen Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, geschaffen, die bis heute besteht."

Das waren die Worte, die Adolf Butenandt für Carlo Schmid's Arbeit in den dunkelsten Tagen deutscher Geschichte gefunden hat. Der noch antizipierende Bundeskanzler, der in Bonn die Zügel schleifen läßt, zieht dagegen durch die Lande und verkündet schimpfenä, was ER geleistet, was ER geschaffen, wie vorausschauend ER gehandelt habe, wie wenig Vertrauen man Deutschlands Sozialdemokraten entgegenbringen könne. Wenn das Wort des Bundespräsidenten - und neben Butenandt und Prof. Speer hat sich auch Prof. Heisenberg ähnlich geäußert - es wirklich so ist, und niemand wird das ernstlich bezweifeln, daß Versäumnisse bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung "die politische, wirtschaftliche und soziale Existenz unserer Nachkommen gefährden", dann wird man den Männern der ersten Stunde - Carlo Schmid und anderen - endlich bescheinigen müssen, daß sie diese Gefahren durch ihr Handeln nicht nur abwendeten, sondern entscheidende Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufstieg geschaffen haben. Ungeachtet dessen, was der schimpfende Kanzler in diesen Wochen an Märchen gutgläubigen Menschen in allen Teilen des Landes erzählt.

Es wird anders werden

Nach dem 9. September wird es in Bonn den überfälligen Schichtwechsel geben. Und damit wird sichergestellt sein, daß keine Milliarden-geschenke "per Gießkanne" mehr verteilt werden, daß aber auch Wissenschaft und Forschung jene unbedingt notwendigen Mittel erhalten werden, die erforderlich sind, um die politische, wirtschaftliche und soziale Existenz Deutschlands zu garantieren. Niemand wird einem Carlo Schmid nachsagen können, daß er nach 16 wirtschaftswunderlichen Jahren nicht auch das schaffen würde, was er unter den kritischen Augen der französischen Besatzungsmacht fertigbrachte: Die Partnerschaft zwischen Politik, Wissenschaft und Forschung im Interesse der deutschen Zukunft!

## Der Spruch von Frankfurt

### Eine Mahnung für uns alle

sp - Die Richter und Geschworenen, die in Frankfurt über "Mulka und andere" zu Gericht saßen, waren um ihre Aufgabe, Schuld und Sühne zueinander in ein angemessenes Verhältnis zu bringen, nicht zu beneiden. Sühne? Schon hier bleibt das Wort im Munde stecken. Das Ausmaß der begangenen Verbrechen entzog sich allen menschlichen Maßstäben, Abgründe wurden sichtbar, wie sie keines Menschen Phantasie auch nur ahnen konnte. Das Urteil im umfangreichsten Prozeß der deutschen Justizgeschichte löst zwiespältige Empfindungen aus und an seinem Für und Wider dürften sich noch manche Leidenschaften entzünden.

Richter und Geschworene gaben sich redliche Mühe, im Dickicht unvorstellbar grauenvollen Geschehens sich zurechtzufinden und die Wahrheit, eine entsetzliche, gräßliche Wahrheit, zu enthüllen. Vielleicht liegt darin die bleibende Bedeutung dieses Mammut-Prozesses, daß er den jetzigen und nachfolgenden Generationen eindringlich klar mache, wie tief der Mensch fallen kann, wenn Gesetzlosigkeit und Massenmord an wehrlosen und unschuldigen Menschen von einer verbrecherischen Regierung zur Staatsmaxime erhoben werden. Die Verurteilten des Auschwitz-Prozesses wie auch die der schon abgelaufenen und noch zu erwartenden Prozesse waren ja nicht von Geburt an für den Massenmord prädestiniert, es stand ihnen nicht an der Wiege geschrieben, einst mit schäußlichen Verbrechen ihren und den Namen des Menschen und unseres Volkes schlechthin zu beschmutzen. Kurt Schumacher schleuderte in den letzten Tagen der Weimarer Republik im Deutschen Reichstag den Braunen Verderbern das prophetische Wort entgegen, der Nationalsozialismus sei die Mobilisierung des inneren Schweinehundes im Menschen. Auf grauenvolle Weise hat sich diese düstere Vorahnung erfüllt.

Das "Tausendjährige Reich" züchtete ganze Verbrecherbanden heran. Es fand in den Kordknechten von Auschwitz und der vieler anderen Konzentrationslager die willigen Werkzeuge. Sie erhielten Ehrenzeichen und reichhaltige Belohnungen. Sie sahen das Morden als eine ihnen auferlegte Pflicht an, wobei bei vielen von ihnen ein Hang zum Sadismus hervortrat. Eine Zeit, die aus den Fugen geraten war, in der die Gesetze der Zivilisation und der Moral nicht mehr galten, in der der Mensch, vom Moralischen entblößt, zum Tier herabsank, eine Zeit der Entwertung aller Werte, in der das Böse gelobt und belohnt und das Gute bestraft wurde, gebar in reicher Fülle solche Gestalten. Sie wurden wieder zum Kleinbürger, als sie, als Unentdeckte und Unbekannte, wieder wurzelnd in der anonymen Masse, zu einem normalen Leben zurückkehrten, bis sie der rächende Arm einer unvollkommenen Gerechtigkeit erreichte.

Noch an ein anderes Wort Kurt Schumachers sei erinnert. Aufgabe der deutschen Demokratie sei es, eine Wiederkehr der schrecklichen Vergangenheit zu verhindern, unseren Staat so in Ordnung zu halten, daß niemals mehr Verbrecher zu seiner Spitze gelangen und Volk und Staat mißbrauchen. Das verlangt von jedermann staatsbürgerliche Gesinnung und Verantwortung, erfordert ein ständiges Wachsein gegenüber von Gefahren, die mit dem Urteil von Frankfurt nicht allein gebannt sind: Völkerhaß und Rassenwahn können auch morgen wieder die Schleusen zur Barbarei öffnen und den Menschen in bodenlose Abgründe führen. Uns obliegt es, Lebenden und Nachfolgenden das Schicksal der Ermordeten und Mörder von Auschwitz und all den anderen Vernichtungsstätten zu ersparen.

Bejaht und umstritten

Sachliche und unsachliche Einwände gegen den amerikanischen Entwurf  
eines Nonproliferationsabkommens

Von Pierre Simonitsch, Genf

Wie schwierig es ist, es jedem recht zu machen, zeigen die verschiedenen Reaktionen auf den vergangene Woche an der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreiteten amerikanischen Entwurf eines Nonproliferationsabkommens. Die Briten haben Reserven geltend gemacht und sich die Unterbreitung von Abänderungsvorschlägen vorbehalten. Indien verwirft den Vertragsentwurf, weil er den Atomstaaten selbst keine Abrüstungsverpflichtungen auferlegt. Die Sowjetunion weigert sich, irgendeinen Nonproliferationsvertrag zu unterzeichnen, bevor die Westmächte die MLF/ANF-Pläne begraben. Und zuletzt nannte nun Adenauer den amerikanischen Plan eine "grauevolle, gefährliche und grundfalsche Theorie" und eine "Tragödie für uns Deutsche".

Worin besteht dieser "grauevolle" Plan? Nach Artikel I des amerikanischen Vertragsentwurfs sollen sich die Atomstaaten verpflichten, "keine nuklearen Waffen der nationalen Kontrolle eines Nicht-Atomstaates zu übergeben, sei es direkt oder indirekt über ein Militärbandnis, und keine andere Aktion zu unternehmen, die ein Anwachsen der Gesamtzahl von Staaten und anderen Organisationen, die in unabhängiger Weise Kernwaffen verwenden können, bedeuten würde". Artikel II enthält die umgekehrte Verpflichtung für die Nichtatomstaaten, keine Kernwaffen zu erwerben versuchen oder selbst herzustellen.

Die weiteren Artikel des Vertragsentwurfs sehen eine Kontrolle durch die internationale Atombehörde in Wien, eine Rückzugeklausel im Falle "außerordentlicher Ereignisse im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand, die die allerhöchsten Interessen des Staates berühren" und die Revisionsmöglichkeit nach einer bestimmten Anzahl von Jahren vor.

Die Haltung Großbritanniens

Der auf der Konferenz vorgelegte Vertragsentwurf basiert formal auf einem von den Briten ausgearbeiteten Dokument, das nur die Prinzipien der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen beinhaltet, ohne auf die zahlreichen und komplizierten Nebenprobleme einzugehen. Die Amerikaner wollten ursprünglich noch Sicherheitsgarantien für die blockfreien Staaten in den Vertragstext einbauen. Dies wurde aber gegenstandslos, als die an der Abrüstungskonferenz vertretenen Neutralen klarmachten, daß sie auf solche fraglichen Garantien gar nicht erpicht seien. Obwohl sich die realistischen, kritischen Ideen im großen und ganzen bei der endgültigen Fassung des westlichen Vertragsentwurfs durchsetzten, distanzierte sich der britische Abrüstungsminister Lord Chalfont nach der Unterbreitung des Dokuments von einigen Punkten. Artikel eins und zwei lassen nämlich nach amerikanischer Lesart die Schaffung einer MLF mit Mehrheit entscheiden offen, was die theoretische Möglichkeit einer Übereinstimmung Großbritanniens (und eventuell sogar der USA) nicht ausschließt. London möchte sicher gehen und das Vetorecht der gegenwärtigen Atomstaaten in jeder Art multilateraler Atomstreitmacht in einem Nonproliferationsabkommen verankert sehen. Im Ständigen Rat in Paris, dem Foster und Lord Chalfont einige Tage vor der Unterbreitung des Vertragsentwurfs Bericht erstatteten, konnte sich die britische Auffassung nicht durchsetzen.

Der juristisch schwache Punkt des ansonsten äußerst geschickt abgefassten amerikanischen Vertragsentwurfs liegt in der Bezeichnung "nationale Kontrolle", die verschiedene Auslegungen zuläßt. Nach Auffassung

der Westmächte würde bei einem Zustandekommen der MLF oder ANF niemals einer der beteiligten Nicht-Atomstaaten auch nur eine einzige Atomkombe unter seine nationale Kontrolle bekommen. Die Sowjetunion wäre wahrscheinlich einverstanden, das vorgelagte Dokument im vollen Wortlaut zu unterzeichnen, wenn sie von den Amerikanern die Zusicherung bekäme, daß die MLF/ANF-Pläne stillschweigend fallengelassen werden.

#### Bedenken der Neutralen

Schwierigkeiten machen die neutralen Staaten. Der indische Chefdelegierte Triwedi hat bereits klargemacht, daß seine Regierung keinen Nonproliferationsvertrag unterzeichnen werde, der nur den "atomaren Habenichtsen" Verpflichtungen auferlegt. Die Inder haben deshalb einen zweiteiligen Gegenvorschlag eingebracht: Im ersten Teil sollen die Obligations der Atommächte festgelegt werden - darunter fällt ein Verbot der Weitergabe von Atomwaffen und technischen Informationen in einer Form, die für beide Machtblöcke annehmbar ist. Gleichzeitig stellen die Großmächte ihre Atomwaffenproduktion ein und beginnen mit der Reduzierung der existierenden Stocks. In der zweiten Etappe, sobald die erste in Kraft getreten ist, verpflichten sich die Nicht-Atomstaaten, auf den Erwerb und die Herstellung von eigenen Nuklearwaffen zu verzichten. Bis zur Inangriffnahme der zweiten Etappe könnten die Nicht-Atomstaaten ein zeitlich befristetes Abkommen im Sinne des "Tanfani-Plans" abschließen, um den atomaren Status quo nicht zu verändern.

Es liegt auf der Hand, daß die von Indien gestellten Bedingungen den Abschluß eines Nonproliferationsabkommens nicht gerade erleichtern. Der amerikanische Vertragsentwurf erwähnt zwar in der Präambel die gemeinsamen Abrüstungsziele, enthält aber nicht eine diesbezügliche Verpflichtung. Die Neutralen sehen nunmehr ein vielleicht letztes Druckmittel, die Atommächte wenigstens zu Teilabrüstungsschritten zu zwingen, das ihnen bei der Unterzeichnung des amerikanischen Vertragsentwurfs entgleiten würde. Außerdem bedeutet es für die durch keinerlei Militärbündnis geschützten blockfreien Staaten tatsächlich eine schwere Entscheidung, für alle Zeiten vertraglich auf den Erwerb von Atomwaffen zu verzichten.

#### Drohende Isolierung der Bundesrepublik

Anders liegt die Sache für die Bundesrepublik Deutschland. Die Sicherheit der Bundesrepublik ist durch die Nato garantiert, selbst wenn es aus irgendwelchen Gründen zu keiner multilateralen Atomstreitkraft kommen sollte. In der heutigen weltpolitischen Konstellation ist die im amerikanischen Entwurf eines Nonproliferationsabkommens enthaltene indirekte "MLF-Klausel" das Maximum, das die Bundesrepublik erwarten konnte. Das von Adenauer aufgefahrene schwere Geschütz gegen die Amerikaner ist nicht nur deplaziert, sondern schüttert auch Wasser auf die kommunistischen Mühlen, daß es der Bundesregierung weniger um die Mitverantwortung an der atlantischen Nuklearstrategie als um die nationale Verfügungsgewalt über die Atomwaffen gehe. Niemand wird erwarten, daß ein bald neunzigjähriger Ex-Regierungschef das offensichtliche Scheitern seiner überholten Politik zugibt. Die Reden Adenauers in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Regierungspartei können aber in einer Welt, die einen Ausgleich sucht, um den drohenden Untergang abzuwenden, nur zur politischen Isolierung der Bundesrepublik beitragen.